

Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation 2025/219 von Marc Schinzel: «Standortstrategie für Pharma-Branche: Wo steht die Region und wie positioniert sich das Baselbiet?» 2025/219

vom 26. August 2025

1. Text der Interpellation

Am 8. Mai 2025 reichte Marc Schinzel die Interpellation 2025/219 «Standortstrategie für Pharma-Branche: Wo steht die Region und wie positioniert sich das Baselbiet?» ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Im Gefolge der America First-Strategie und der protektionistischen Zollpolitik der Regierung Trump kündigten die Pharma-Konzerne Novartis und Roche im April 2025 grosse Investitionen in den Vereinigten Staaten an. Novartis will dort in den nächsten fünf Jahren 23 Milliarden Dollar, Roche gar 50 Milliarden Dollar investieren. Die Sorge ist gross, dass damit die Standorte in Basel und in der ganzen Nordwestschweiz, wo die Life Sciences-Branche der Wirtschaftsmotor par excellence ist, massiv an Bedeutung verlieren könnten. 2024 betrug der Anteil der Pharmaunternehmen an den Exporten der Schweiz 34%, derjenige der Life Science Industries über 53%. Der Pharma-Anteil an den Schweizer Exporten in die USA betrug 59%.

Umso wichtiger ist es, eine klare Standortstrategie zu haben, die einschneidenden Veränderungen Rechnung trägt und die Life Sciences-Standorte Basel/Nordwestschweiz, von denen die wirtschaftliche Prosperität der Region abhängt, sichert und stärkt. Die Branchenverbände Scienceindustries und Interpharma fordern eine klare Strategie, um die Schweiz als attraktiven Pharma-Standort zu erhalten. Ich bitte den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Wie beurteilt die Regierung die gegenwärtige Situation, namentlich nach den Ankündigungen von Novartis und Roche?*
- 2. Wo sieht die Regierung primär Handlungsbedarf bei einer Standortstrategie? Stichworte: Verstärkung des Schutzes des geistigen Eigentums, Verbesserung der Zugänglichkeit von Patientendaten, Abbau von Forschungshindernissen (gentechnisch veränderte Organismen), Verlässlichkeit der Besteuerung, Abbau von Bürokratie bei der Zulassung innovativer Medikamente.*
- 3. Wie bringt sich Baselland in die Bemühungen um eine Standortstrategie für die Life Science-Branche ein? Wurden die Kontakte zu den Branchenverbänden, den Unternehmen, zur Forschung und zu den Nachbarkantonen in den letzten Wochen intensiviert?*

4. *Wie vernetzt sich Baselland mit den Nachbarkantonen Basel-Stadt, Aargau und Solothurn? Ist ein gemeinsames Vorgehen geplant?*
5. *Was tut die Regierung auf der nationalen Ebene? Die Thematik hat unbestrittenermassen nationale Bedeutung.*
6. *Wie wirken sich die angekündigten Investitionen in den USA auf die hiesige Versorgungssicherheit mit lebenswichtigen Medikamenten aus?*
7. *Welche Bedeutung für die Life Sciences-Branche hat aus Sicht der Regierung eine umfassende vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU?*

2. Einleitende Bemerkungen

Die Pharmaindustrie ist für die Schweizer Volkswirtschaft von grosser Bedeutung¹: Die Pharmaunternehmen in der Schweiz erwirtschaften jährlich eine direkte und indirekte Wertschöpfung von rund 75 Milliarden Franken, was rund 10 Prozent des Schweizer Bruttoinlandprodukts (BIP) entspricht. In den letzten Jahren war die Pharmaindustrie für 40 Prozent des Schweizer Wirtschaftswachstums verantwortlich. Viele andere Branchen profitieren vom Erfolg der Pharmaindustrie – einerseits durch deren Investitionen in Gebäude und Anlagen, andererseits durch die Nachfrage nach Vorleistungsgütern, Energie und Dienstleistungen. Insgesamt sind somit mehr als 300'000 Personen Teil dieser pharmazeutischen Wertschöpfungskette.

Die Region Basel stellt heute das grösste Life Sciences und Pharma-Ökosystem der Schweiz dar und gehört weltweit zu den bedeutendsten Standorten² in diesem Segment. Der Cluster wird durch die Bekanntheit und Innovationskraft der ansässigen Unternehmen wie Bayer, Johnson & Johnson, Novartis, Roche oder Bachem geprägt. Insgesamt sind in der Region Basel über 800 Unternehmen im Life-Sciences-Bereich³ tätig, was die Breite und Diversität des Clusters aufzeigt.

Im Kanton Basel-Landschaft sind derzeit rund 4'050 Personen (gemessen in Vollzeitäquivalenten) in der pharmazeutischen Industrie beschäftigt⁴. Das entspricht 3,1 Prozent der Gesamtbeschäftigung im Kanton. Die jährliche Wertschöpfung der Baselbieter Pharmaindustrie beläuft sich auf 2,37 Milliarden Franken – das sind über 9 Prozent der kantonalen Wirtschaftsleistung. In den letzten 25 Jahren ist die Wertschöpfung jährlich um durchschnittlich 8,1 Prozent gestiegen (zum Vergleich: Gesamtwirtschaft +1,9 % pro Jahr).

Wie der Interpellant erwähnt, ist die Pharmaindustrie stark exportorientiert. Mit jährlichen Exporten im Wert von über 100 Milliarden Franken ist sie die grösste Exportbranche der Schweiz⁵. Die EU ist nach wie vor der wichtigste Absatzmarkt für Schweizer Pharmaprodukte. Betrachtet man einzelne Länder, so ist die USA mit einem Anteil von rund 27 Prozent am bedeutendsten, gefolgt von Deutschland (12 %). Die Pharmaexporte aus dem Kanton Basel-Landschaft beliefen sich in den letzten vier Jahren im Schnitt auf 1,9 Milliarden Franken pro Jahr, was 31 Prozent aller Baselbieter Exporte entspricht.

¹ [Bedeutung der Pharmaindustrie für die Schweiz](#), Studie im Auftrag von Interpharma, BAK Economics, Januar 2024

² [Pharmastandort Schweiz 2022 Region Basel](#), Interpharma, 2022

³ Life-Sciences umfasst die pharmazeutische Industrie, die elektrische Medizintechnik, die orthopädische Medizintechnik und die Forschung und Entwicklung Biotechnologie.

⁴ BAK Economics (Daten nicht publiziert).

⁵ [Bedeutung der Pharmaindustrie für die Schweiz](#), Studie im Auftrag von Interpharma, BAK Economics, Januar 2024

Die USA haben für viele Länder neue Zollregimes erlassen. Für Schweizer Importe in die USA wird ab dem 7. August 2025 ein Zusatzzoll von 39% erhoben⁶. Ein Ziel dieser Zollpolitik ist es, die Produktion verstärkt in die USA zu ziehen. Obwohl derzeit weiterhin keine US-Zölle auf pharmazeutische und chemische Produkte erhoben werden, haben Roche und Novartis Investitionspläne in den USA bekanntgegeben. Mit der Ankündigung der Trump-Administration, die bisher in den USA unregulierten Medikamentenpreise auf ein Niveau senken zu wollen, das jenem anderer Länder mit Preisregulierungen entspricht, steht die Pharmaindustrie vor einer neuen Herausforderung. Die Branche warnt, dass hierdurch weniger Mittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stünden.

Die Branchenverbände Interpharma⁷ und scienceindustries⁸ nahmen die aktuelle Situation zum Anlass, eine Schweizer Life-Science- bzw. Pharma-Strategie zu fordern oder die Forderung zu wiederholen. Sie erkennen in den zunehmenden Investitionen der Pharmaunternehmen im Ausland einen Warnruf für den Standort Schweiz. Folgende Inhalte und Schwerpunkte werden in den Strategieforderungen u.a. genannt:

- Ein klares und eindeutiges Bekenntnis zu den Bilateralen III und Zugang zu den Weltmärkten garantieren;
- Rascher Zugang zu innovativen Medikamenten für Patientinnen und Patienten in der Schweiz und eine nutzenorientierte Honorierung der Innovationen und Investitionen;
- Stärkung des klinischen und präklinischen Studienstandortes durch raschere Bewilligungsverfahren und visionäre Strategie für gute Rahmenbedingungen in Bereichen mit hohem Innovationspotenzial;
- Keine weiteren Sparmassnahmen im Medikamentenbereich zulasten der forschenden Pharmaunternehmen;
- Steuerliche Planbarkeit sicherstellen: Kein Alleingang und kein Vorpreschen in Bezug auf die Umsetzung der OECD-Mindeststeuern;
- Starker Schutz des geistigen Eigentums;
- Schaffen einer einheitlichen Data Governance durch Bund und Kantone, damit Daten aus den Spitälern zeitnah und unter klaren Datenschutzregeln den Akteuren im Gesundheitswesen zugänglich gemacht werden können;
- Stärkere Abstimmung der Berufsbildung und Studiengänge auf die Bedürfnisse der Pharmaindustrie (u.a. KI, Datenanalyse);
- Anpassen der Kriterien für die Vergabe von Drittstaatenkontingenten;
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz.

Viele der genannten Themen (Zugang zu ausländischen Märkten, Medikamentenzulassung, Medikamentenpreise, Patentschutz) liegen mehrheitlich im Zuständigkeitsbereich des Bundes. So findet derzeit beispielsweise eine Totalrevision der Patentverordnung statt, die den Patentschutz durch die fakultative Vollprüfung und Zulassung englischsprachiger technischer Dokumente stärkt und vereinfacht⁹. Die Kantone spielen jedoch bei Themen wie der steuerlichen Ausgestaltung oder der generellen Stärkung der Standortattraktivität eine wichtige Rolle.

⁶ [Handelbeziehung Schweiz USA](#), SECO (aufgerufen am 7.8.2025)

⁷ [Standortwettbewerb verschärft sich – Jetzt braucht es eine Schweizer Life Science-Strategie](#), Medienmitteilung Interpharma, 22. April 2025

⁸ [Schweiz im Investitionswettbewerb: Jetzt Standort stärken, Medienmitteilung](#), scienceindustries, 22. April 2025

⁹ [Vernehmlassung 2024/95](#): Totalrevision der Verordnung über die Erfindungspatente (Patentverordnung, PatV)

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft massgeblich von der Innovationsfähigkeit der ansässigen Unternehmen abhängt. Entsprechend hat der Regierungsrat diese Themen in seine Langfristplanung und in die strategischen Schwerpunkte aufgenommen¹⁰.

Der Regierungsrat will den Life-Sciences-Cluster stärken und insbesondere das Zusammenspiel mit der Informationstechnologie fördern. Der Kanton unterstützt private Initiativen, die Innovationen und den Wissenstransfer begünstigen. Des Weiteren unterstützt er den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen durch Kooperationen, Netzwerkorganisationen (insbesondere Switzerland Innovation Park Basel Area, Basel Area Business & Innovation) sowie durch anwendungsbezogene Forschungseinrichtungen, insbesondere das CSEM (Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique). Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch die beiden Akzelleratoren BaseLaunch und DayOne. Beide dienen der Stärkung und Förderung des Life-Sciences- und Pharmastandorts. So konnte die Zahl der Life Sciences Unternehmen in der Region auf rund 800 erhöht werden, wodurch sich das Einzelbetriebsrisiko reduziert hat. Daneben hat die Vielfalt der Tätigkeitsbereiche innerhalb des Life-Sciences- oder Pharma-Clusters zugenommen, was der Resilienz des gesamten Systems zugutekommt. Zudem schafft der Kanton Transparenz hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten für Start-ups durch aktive Vernetzung in diesem Bereich und unterstützt Unternehmensgründungen mit der Initiative startup@baselland¹¹. Schliesslich wird die Attraktivität des Kantons als Wirtschaftsstandort durch eine Unternehmensbesteuerung gestärkt, die sich sowohl im internationalen als auch im nationalen Vergleich als wettbewerbsfähig positioniert.

3. Beantwortung der Fragen

1. *Wie beurteilt die Regierung die gegenwärtige Situation, namentlich nach den Ankündigungen von Novartis und Roche?*

Die global agierenden Konzerne haben schon seit jeher von der Schweiz aus in andere Länder investiert und dabei Produktions-, Verkaufs- und Forschungsstätten aufgebaut. Die USA sind mit Abstand die wichtigste Destination für schweizerische Direktinvestitionen¹². Aus Sicht der USA liegt die Schweiz (kumuliert 352 Mrd. Dollar, 2023) auf Rang 6 hinsichtlich der ausländischen Direktinvestitionen und sogar auf Rang 1 bei den ausländischen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (15 Mrd. Dollar, 2022)¹³. Schweizer Tochtergesellschaften sind in den USA direkt für 399'100 Arbeitsplätze verantwortlich, davon 198'000 in der Produktion. Es ist daher nicht aussergewöhnlich, dass Firmen wie Roche oder Novartis im Ausland und speziell in den USA investieren. Bei den jüngsten Ankündigungen kann davon ausgegangen werden, dass es sich zumindest teilweise um bereits bestehende, langfristige Investitionsentscheide und -projekte handelt, welche im aktuellen Kontext der Verhandlungen mit den USA besonders kommuniziert werden.

Eine aktuelle Umfrage der UBS¹⁴ im Kontext der neuen US-Zölle zeigt, dass derzeit 40 Prozent der grossen Unternehmen in der Schweiz nach Standorten in den Absatzmärkten suchen. Bei Unternehmen mit Fokus auf die USA halten 50 Prozent die Suche nach einem Standort im Absatzmarkt für wahrscheinlich, bei Unternehmen mit Fokus auf Europa sind es lediglich 30 Prozent.

Eine Befragung der Standortförderung¹⁵ bei den Baselbieter Firmen Anfang April 2025 hat gezeigt, dass die Unsicherheit aufgrund der US-Aussenwirtschaftspolitik und des zunehmenden Protektio-

¹⁰ [Aufgaben- und Finanzplan 2025–2028](#), LRV 2024/461

¹¹ [startup-baselland.ch](#)

¹² [Länderfiche USA](#), SECO, Februar 2025

¹³ [Switzerland's Economic Impact in the United States](#), Schweizer US-Botschaft, Januar 2025

¹⁴ [UBS Outlook Schweiz](#), UBS, Mai 2025

¹⁵ [Jedes vierte Unternehmen im Baselbiet wäre stark von hohen US-Zöllen betroffen](#), Standortförderung Baselland, 23. April 2025

nismus derzeit sehr gross ist. Die fehlende Planungssicherheit erschwert Investitions- und Standortentscheide. Der Regierungsrat steht in regelmässigem und verstärktem Austausch mit den Unternehmen und Verbänden (vgl. dazu auch Beantwortung der Frage 3).

2. *Wo sieht die Regierung primär Handlungsbedarf bei einer Standortstrategie? Stichworte: Verstärkung des Schutzes des geistigen Eigentums, Verbesserung der Zugänglichkeit von Patientendaten, Abbau von Forschungshindernissen (gentechnisch veränderte Organismen), Verlässlichkeit der Besteuerung, Abbau von Bürokratie bei der Zulassung innovativer Medikamente.*

Der Regierungsrat teilt im Wesentlichen die Einschätzung der Branche selbst, was die strategischen Schwerpunktfelder betrifft (vgl. einleitende Bemerkungen). Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und den Kantonen ist in den erwähnten Themen aber von Bedeutung.

Auf nationaler Ebene sind die Kompetenzen für die Bilateralen III, den Zugang zu innovativen Medikamenten und die Art der Vergütung, die Sparmassnahmen des Bundes, die Rahmenbedingungen für die klinischen Studien, der Schutz geistigen Eigentums oder der Drittstaatenkontingente angesiedelt. In diesen Themenfeldern setzt sich der Regierungsrat insbesondere im Rahmen der Fachkonferenzen, der interkantonalen Treffen mit nationalen Parlamentariern, der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) sowie mit seinen Stellungnahmen bei (nationalen) Vernehmlassungen für die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen ein.

Auf kantonalen Ebene ist der Regierungsrat bestrebt, die Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen gut auszugestalten. Dazu gehören das Bildungssystem, die eingangs erwähnten Instrumente und Projekte im Wissens- und Technologietransfer (WTT), das Steuersystem mit Anreizen für innovative Unternehmen (bspw. SV17 mit dem F&E Abzug) oder die Nutzung der Drittstaatenkontingente. Ferner hat sich der Regierungsrat zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt mit der Standesinitiative betreffend «Die Digitalisierung des Schweizer Gesundheitswesens» für den Life Sciences Cluster und damit die Pharmaindustrie eingesetzt.

3. *Wie bringt sich Baselland in die Bemühungen um eine Standortstrategie für die Life Science-Branche ein? Wurden die Kontakte zu den Branchenverbänden, den Unternehmen, zur Forschung und zu den Nachbarkantonen in den letzten Wochen intensiviert?*

Neben dem verstärkten Austausch über die bestehenden Gefässe und Netzwerke hat der Regierungsrat im Zusammenhang mit den Folgen der US-Zölle, zusätzlich die Schaffung einer TaskForce «Standort BL» eingerichtet, welche sich interdirektional und unter Einbindung der Verbände sowie Unternehmen, mit der Ermittlung der Folgen der US-Zölle auf die Baselbieter Wirtschaft und der Verbesserung der Rahmenbedingungen auseinandersetzt. Ferner wurden zusätzliche Gespräche mit den Verbänden Interpharma und scienceindustries geführt.

Der Gesamtregierungsrat¹⁶ besucht regelmässig Unternehmen im Kanton. Mit der Geschäftsleitung von Roche und Novartis finden institutionalisierte Jahresgespräche statt und ebenso tauschen sich Vertreter des Regierungsrats regelmässig mit anderen Unternehmen der pharmazeutischen Industrie aus. Das Team der Unternehmenspflege der Standortförderung unternimmt laufend Unternehmensbesuche und hat diese in Bezug auf direkten Austausch mit den Firmen verstärkt, die durch die US-Zölle und allfällige weitere Handelshemmnisse besonders betroffen sind. Anlässlich dieser Besuche werden verschiedene Chancen und Herausforderungen für die Unternehmen sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Kanton diskutiert. Die Themen sind entsprechend vielfältig: Der Zugang zu hochqualifizierten Arbeitskräften aus dem In- und Ausland, die Förderung von Forschung und Entwicklung durch die Nähe zu Universitäten und spezialisierten

¹⁶ [Regierungsrat besucht die Ricola AG](#)

Netzwerken, die kontinuierliche Verbesserung der infrastrukturellen Anbindung – etwa durch Häfen, Flughafen und Schienenverkehr – sowie regulatorische Rahmenbedingungen.

Der Kontakt mit den Regierungen der Nachbarkantone wird durch regelmässige bilaterale Treffen sichergestellt. Eine wichtige Funktion für den Informationsaustausch und die Entwicklung einer gemeinsamen Haltung übernimmt die Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK)¹⁷. Der NWRK gehören die Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura als Mitglieder an. Die Konferenz bezweckt insbesondere die Entwicklung gemeinsamer Positionen und die Interessenvertretung der Region gegenüber dem Bund, der Konferenz der Kantonsregierungen und anderen Regionen, die Bündelung des Auftritts in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie die Information und Koordination unter den Kantonen in der regionalen Zusammenarbeit und in kantonsübergreifenden Arbeitsgruppen. Aktuell im Fokus steht das EU-Dossier (siehe hierzu die Beantwortung der Frage 7).

Der Regierungsrat ist aber offen für die Anregungen aus der Branche zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pharmaindustrie. Der Regierungsrat hat im Zusammenhang mit den Folgen der US-Zölle eine interdirektionale TaskForce eingerichtet, welche sich mit der Ermittlung der Folgen der US-Zölle auf die Baselpolitan Wirtschaft und der Verbesserung der Rahmenbedingungen auseinandersetzt.

4. Wie vernetzt sich Baselland mit den Nachbarkantonen Basel-Stadt, Aargau und Solothurn? Ist ein gemeinsames Vorgehen geplant?

Wie in der Beantwortung von Frage 3 ausgeführt, ist der Kanton Mitglied der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK). Ein koordiniertes Vorgehen im Sinne einer gemeinsamen Life Sciences-Standortstrategie wurde bisher nicht thematisiert. Jedoch bringt sich die NWRK und damit der Kanton Basel-Landschaft auf nationaler Ebene ein, die relevanten Rahmenbedingungen im Interesse der Nordwestschweiz und des Kantons Basel-Landschaft zu gestalten.

5. Was tut die Regierung auf der nationalen Ebene? Die Thematik hat unbestrittenermassen nationale Bedeutung.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) bindet Kantonsvertreterinnen und -vertreter (Regierungsräte und/oder die kantonalen Standortförderungen) verstärkt in Austauschgefässe ein. Ziel dieser Konferenzen ist in erster Linie der niederschwellige Informationsaustausch zwischen den Kantonen und dem Bund im Kontext der US-Zölle und der US-Handelspolitik.

Der Regierungsrat bringt sich über die ordentlichen Gefässe wie die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) oder die Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektorinnen und -direktoren (Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz, VDK) ein.

6. Wie wirken sich die angekündigten Investitionen in den USA auf die hiesige Versorgungssicherheit mit lebenswichtigen Medikamenten aus?

Zuständig für Versorgungssicherheit ist das Bundesamt für Gesundheit BAG¹⁸. Die Versorgung mit Arzneimitteln ist seit Jahrzehnten angespannt und nehmen grundsätzlich zu. Die Thematik der Versorgungssicherheit mit (lebenswichtigen) Medikamenten ist auf Grund der globalen Vertriebsketten auf internationaler oder allenfalls nationaler Ebene angesiedelt (siehe Bericht zum [Postulat 2022/668](#)). Solange unklar ist, in welchen Bereichen die angekündigten Investitionen in den USA anfallen sollen (Forschung & Entwicklung, Wirkstoffherstellung, galenische Herstellung, etc.) können sie sich sowohl erleichternd als auch verschärfend auf die Versorgungssituation auswirken. Bedeutsamer sind generelle Handelshemmnisse (u.a. Zölle), deren Ausprägung und Auswirkungen derzeit noch nicht mit Sicherheit abgeschätzt werden können. Der Regierungsrat ist aber

¹⁷ www.nwrk.ch

¹⁸ [Sicherheit in der Arzneimittelversorgung](#), BAG (aufgerufen am 7.8.2025)

überzeugt, dass die vom Bund angekündigten weiteren Massnahmen¹⁹ wie Pflichtlagerhaltung ausbauen, Vereinfachungen beim Import, Stärkung internationaler Lieferketten oder der Beteiligung am «Global Antibiotic Research & Development Partnership» eine Verbesserung bringen werden und dass die neuen Herausforderungen im Kontext der US-Handelspolitik in die Überlegungen einbezogen werden.

7. Welche Bedeutung für die Life Sciences-Branche hat aus Sicht der Regierung eine umfassende vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU?

Der Regierungsrat hat sich anlässlich der 80. Plenarkonferenz der NWRK (12./13. Juni 2025) ausführlich über die Verhandlungsergebnisse mit der EU informieren lassen²⁰. Zusammen mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen hat der Regierungsrat bereits in der Vergangenheit betont, dass gute und vertraglich abgesicherte Beziehungen zur EU von grosser Bedeutung sind. Besonders die Pharma- und MedTech-Branche sowie die Maschinenindustrie sind von der Erosion der Abkommen über die gegenseitige Anerkennung (MRA) betroffen. Ein hindernisfreier Zugang zum europäischen Markt für die vom MRA abgedeckten Produkte ist für die Nordwestschweiz von grosser Wichtigkeit.²¹ Daneben ist auch die europäische Bildungs- und Forschungszusammenarbeit zu nennen, die für die Nordwestschweiz als bedeutender Life-Sciences-Standort von Wichtigkeit ist.

Liestal, 26. August 2025

Im Namen des Regierungsrats

Der Präsident:

Dr. Anton Lauber

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich

¹⁹ [Faktenblatt Versorgungssicherheit: Weitere Vorhaben](#), BAG (aufgerufen am 7.8.2025)

²⁰ [80. Plenarkonferenz: Die Nordwestschweiz bereitet sich auf die Vernehmlassung zum Abkommen Schweiz-EU vor](#), Medienmitteilung, Nordwestschweizer Regierungskonferenz, 13. Juni 2025

²¹ [Nordwestschweiz erfreut über Vernehmlassungseröffnung zum Vertragspaket Schweiz-EU](#), Medienmitteilung, Nordwestschweizer Regierungskonferenz, 13. Juni 2025